



EUROPA STÄRKEN, GLOBALE PARTNERSCHAFTEN GEWINNEN.

Eingereicht von: Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Eine neue Zeit

Wir befinden uns nach dem Angriffskrieg Wladimir Putins auf die Ukraine in einer Phase, in der wir unsere Politik für Frieden und Sicherheit, für ein starkes Europa und mehr Partnerschaft in der Welt in vielen Bereichen überprüfen müssen. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns von der erfolgreichen Ost- und Entspannungspolitik eines Willy Brandt und Egon Bahr distanzieren müssen. Im Gegenteil: Wir sind stolz darauf, dass durch diese Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition, die danach auch von der Regierung von Helmut Kohl weitergeführt worden ist, die Blockkonfrontation in Europa überwunden werden konnte und sich die Chancen für mehr Demokratie und bessere Lebensbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern entfalten konnten. Letztlich wurde auch die deutsche Einheit nur auf diese Art und Weise durch den Willen der Bevölkerung möglich.

Durch Putins Angriffskrieg ist aber die Ordnung der Charta von Paris zerstört worden, die nach der Beendigung der Ost-West-Konfrontation und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands im November 1990 als Schlussdokument einer KSZE-Sondergipfelkonferenz von 32 europäischen Ländern unter Einschluss der damaligen Sowjetunion wie von den USA und Kanada unterschrieben worden ist. Die Spaltung Europas wurde als beendet angesehen. Die Demokratie wurde zur einzig legitimen Regierungsform erklärt und die Menschenrechte und Grundfreiheiten sollten gewährleistet werden.

Wir müssen feststellen: Dieser Krieg wirft nicht nur für Europa und seine Entwicklung ganz neue Fragen auf. Auch die Weltordnung, die auf gemeinsam akzeptierten Regeln basieren sollte, scheint ins Taumeln geraten zu sein. Die UN-Generalversammlung hat zwar mit einem klaren Votum von 141 Staaten im März 2022 den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verurteilt, aber es zeichnet sich ab, dass die Weltgemeinschaft gespalten ist in der Frage des Umgangs mit Russland und den daraus folgenden Konsequenzen. Russland als Mitglied des UN-Sicherheitsrat konnte dabei nicht nur auf die Enthaltung von China, sondern auf die stillschweigende Duldung oder gar Unterstützung auch anderer Staaten außerhalb Europas insbesondere im globalen Süden zählen, ohne dass dies dauerhaft festgelegte Fronten sein müssen.

Mit diesen Fragen müssen wir jetzt umgehen lernen:

- Gibt es elementare Verbindungen zu Russland, die aus Europa und aus Deutschland trotz des Völkerrechtsbruchs und der Zeitenwende bewahrt werden sollen und für eine bessere Zukunft genutzt werden können und



müssen?

- Was bedeutet dies für die Fundamente von Frieden und Sicherheit wie von Demokratie und Gerechtigkeit in Europa, wie sie durch die NATO und durch die Europäische Gemeinschaft gebildet werden?
- Kann es eine Rückkehr zu einer regelbasierten multilateralen globalen Friedensordnung mit Russland geben? Wo sind Bereiche, in denen aus existentiellen Gründen der Weltgemeinschaft und ihres Überlebens auch in Zukunft Kooperationen mit Russland notwendig sind?
- Welche Partnerschaften müssen zusätzlich insbesondere mit dem globalen Süden aufgebaut werden und wie entwickeln sich die Vereinten Nationen als Friedensgemeinschaft für die Zukunft?

Fakt ist: Russland hat willkürlich gewachsene und hart erstrittene gemeinsame Grundlagen von Politik in Europa zerstört. Es zeichnet sich ab, dass es auf absehbare Zeit bei der Fortsetzung der Putinschen Politik keine europäische Friedensordnung in diesem Sinne geben wird. Russland ist aus dem Europarat ausgetreten und wurde danach auch formell aus dem Gremium ausgeschlossen. Die OSZE ist an den Rand der Handlungsunfähigkeit gedrängt. Der Prozess der kontrollierten Entflechtung in der Energiepolitik und bei den Finanzströmen löst neue Strukturen aus.

Europa stärken

Wir wollen die Europäische Union so verändern und erweitern, dass sie Aufgaben einer Europäischen Friedensordnung und einer europäischen Ordnungsmacht wahrnehmen kann. Das bedeutet, endlich die Verhandlungen mit den Westbalkanstaaten aufzunehmen bzw. abzuschließen. Dazu gehört auch, die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ukraine, Moldaus und Georgiens zu schaffen und den Aufnahmeprozess in die EU abzusichern. Die Aufnahmekriterien, die für alle Beitrittsländer gelten, müssen dabei aber eingehalten werden. Dies ist im Interesse sowohl dieser Länder als auch der Europäischen Union.

Dazu sind aber wichtige Veränderungen der EU selbst notwendig, die anschließen können an die vorliegenden Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas, die von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament 2019 eingeleitet und am 9. Mai 2022, dem Europa-Tag, abgeschlossen worden ist. Konkret geht es dabei zum Beispiel um die Verwirklichung von Mehrheitsentscheidungen in der EU, die Möglichkeit einer Ausschlussklausel und der Wille, die kollektive Handlungsbereitschaft der EU enger zu verzahnen.

Gleichzeitig wissen wir, dass diese Vorschläge nicht bei allen jetzigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geteilt werden und eine Reform in diesem Sinne umfangreiche politischer und parlamentarischer wie plebiszitärer Verfahren bedarf. Auch die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU ist noch umstritten. Da dies



auf allen Seiten einen langwierigen und damit längerfristigen Prozess bedeuten wird, sollten wir den Vorschlag des ehemaligen italienischen Premierministers Enrico Letta aufgreifen, eine Europäische Allianz zu schaffen, an deren Beratungen auf der politischen Ebene alle EU-Mitgliedsländer sowie die neuen Beitrittsländer teilnehmen können. Dies soll nicht als Ersatz für eine EU-Mitgliedschaft, sondern als ihre Vorstufe verstanden werden. Unabhängig davon bleibt die Verwirklichung einer tatsächlichen Wirtschafts- und Währungsunion durch die Mitgliedsländer notwendig, die der Eurozone angehören.

Trotz des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine und trotz der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen und Sanktionen wegen und während des Krieges und des noch nicht erreichten Waffenstillstands und der Beendigung des Krieges durch Verhandlungen müssen elementare Kooperationsformen mit Russland erhalten werden. Der NATO-Russland-Rat sollte genutzt werden. Und selbstverständlich muss auch die Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen internationaler Beziehungen, z.B. innerhalb der G20 und globaler Abkommen fortgesetzt werden.

Die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, die Abrüstung und Rüstungskontrolle, der Kampf gegen den Klimawandel, die Verluste an Biodiversität und die Gefährdung der Welternährung können nicht von einer gespaltenen Welt gelöst werden. Hierfür sind Konferenzen und Plattformen für Gespräche wie Verhandlungen notwendig und unverzichtbar, um trotz aller fundamentaler Unterschiede in Fragen von Krieg und Frieden wie von Demokratie und Menschenrechten im Konkreten bei Anliegen, die die ganze Menschheit betreffen, zu gemeinsamen Lösungen kommen zu können.

Für solche existentiellen Formen der „Zusammenarbeit im Konflikt“ braucht es formelle wie informelle Kommunikationskanäle, die erhalten werden müssen und die auch nicht gleich als Verrat und Kollaboration diffamiert werden dürfen. Das gilt auch für das Nachdenken und Entwickeln von möglichen gemeinsamen Interessen mit Russland nach der Beendigung des Krieges und nach Putin, an die dann angeknüpft werden kann.

Neue globale Partnerschaft gewinnen

Der Krieg gegen die Ukraine und in der Ukraine ist ein gewaltiger Sprengsatz für den globalen Zusammenhalt. Seine Auswirkungen werfen die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zurück, die ohnehin durch die Konsequenzen der Corona-Pandemie und deren politische Vernachlässigung durch die Industrieländer gefährdet ist. Der Prozess der kontrollierten Entflechtung in der Energiepolitik und bei den Finanzströmen löst konfliktreiche Prozesse hin zu neuen Strukturen aus. Wirtschaftliche Beziehungen sind in Bewegung und neue wirtschaftliche Allianzen bilden sich. Es geht um geopolitische Interessen und letztlich auch um unterschiedliche Auffassungen von den politischen, sozialen und kulturellen Regeln



des menschlichen Zusammenlebens.

Wir müssen gerade deshalb am Ziel einer regelbasierten multilateralen Ordnung und einer Stärkung der Vereinten Nationen festhalten. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht und internationale Sicherheit müssen gegen die Verächter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigt werden. Dabei wollen wir eine neue Blockbildung verhindern. Eine zentrale Herausforderung ist es deshalb, die Staaten, die sich bisher in dem Konflikt um die Ukraine zurückgehalten haben, zur Zusammenarbeit und zu Formen von good global governance zu gewinnen.

Das setzt aber auch Einsicht und eigene Veränderung auf Seiten der Industrieländer, der Europäischen Union und der G7 voraus. Zurecht werfen diesen viele Länder des Globalen Südens, die sich keineswegs als Unterstützer Russlands verstehen, Scheinheiligkeit und doppelte Standards vor, wenn sie darauf verweisen, dass die Industrieländer ihre internationalen Zusagen, z.B. bei der Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel und gegen die Pandemie nicht eingehalten haben, wie es zugesagt worden ist.

Wir sind besorgt, dass die einseitige Fixierung auf militärische Sicherheit und ihre Finanzierung zulasten der notwendigen Ziele menschlicher Sicherheit und deren Finanzierung geht. Das heißt auch, dass sich die Politik der Industrieländer, der EU und der G7, ändern muss. Das muss sich auch in ihren nationalen Energiestrategien und ihren Haushalten dokumentieren. Der Ökonom Nicolas Stern hat darauf hingewiesen, dass rund 2 Prozent des Weltsozialproduktes in alle Elemente des Klimaschutzes gehen müssen, d.h. 1,6 Billionen US Dollar pro Jahr. Diese Zahlen zeigen die Unzulänglichkeit der bisherigen globalen Finanzierung.

Die Industrieländer, die EU und die G7 müssen jetzt zeigen, dass sie die Anforderungen an den Zusammenhalt in der Welt und ihre Verantwortung gegenüber den globalen Herausforderungen verstanden haben. Alle anstehenden Klimaberatungen und Weltklima - Konferenzen müssen dokumentieren, dass die Industrieländer alles tun, um den Ländern des Globalen Südens nicht nur in der Finanzierung des Ausstiegs aus den fossilen Energien, bei der Unterstützung in der Anpassung an den Klimawandel, sondern auch im Ausgleich für Schäden und Verluste (loss and damages) beizustehen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer müssen peinlich darauf achten, in diesen anhaltenden Prozessen von Vertrauensgewinn nicht den Eindruck zu erwecken, dass sie die Länder der Afrikanischen Union nur unter dem Gesichtspunkt der Energieexporte betrachten, und Kooperation auf Augenhöhe nur ein Schlagwort bleibt. Die Europäische Union sollte vielmehr durch wirkliche Kooperationsangebote gegenüber Afrika, aber auch gegenüber Regionen wie Asien und Lateinamerika sich als echter Partner in der Transformation zur Nachhaltigkeit erweisen.



Beharrlichkeit trotz klarer Gegensätze

Es ist wichtig, dass in der Zusammenarbeit für diese Transformation zu Nachhaltigkeit und die Chance auf die Verwirklichung demokratischer und rechtsstaatlicher Entwicklungen dabei breitere Bündnisse, die über die G7 hinausgehen, gesucht werden. Und gleichzeitig muss seitens der EU wie auch von Deutschland daran gearbeitet werden, dass sich nicht neue Gegenbündnisse und Allianzen bilden, die der Transformation und den Chancen auf eine langfristige Entwicklung zu mehr Menschenrechten und Demokratie entgegenstehen.

Wir sind nicht ohne Interessen und wir sind nicht naiv. Wir machen uns keine Illusionen über die autokratischen Herrschaftsstrukturen, die die chinesische Kommunistische Partei geschaffen hat, und über die Unterdrückung von Minderheiten in China. Wir registrieren die globalen strategischen Anstrengungen von China zur Ausweitung seines Herrschaftssystems auch in der Auseinandersetzung mit den USA und wir nehmen diese Formen von Geopolitik im 21. Jahrhundert sehr ernst.

Gleichzeitig wissen wir: Im globalen Wettbewerb mit den chinesischen Strategien können wir nur durch glaubwürdige Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele mit unseren internationalen Partnern bestehen. Wir sollten auch deshalb alles tun, damit China nicht in ein engeres Bündnis mit Russland gedrängt wird und hier keine immer enger werdenden Allianzen entstehen. China bleibt im Rahmen der G20 ein wichtiger Partner beim Kampf gegen den Klimawandel. Gerade für die Entschuldung vieler Entwicklungsländer muss zusammen mit China eine Lösung gefunden werden. Da die Situation einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern angesichts ihrer Verschuldung gerade gegenüber China dramatisch ist, braucht es dringend einer gemeinsamen Initiative zu einer wirksamen Entschuldung dieser Länder, die über die bisherige Schuldenstundung hinausgeht.

Schlussbemerkung

Die SPD hat nicht nur allen Grund, stolz zu sein auf die Friedens- und Entspannungspolitik von Willy Brandt und den anderen sozialdemokratischen Kanzlern. Wir wissen, dass diese grundsätzlichen und immer noch unverzichtbaren Prinzipien gefolgt sind. Und wir wissen auch, dass manche konkreten Entscheidungen aus den Umständen der Zeit erwachsen und aus diesen Zeiten heraus zu verstehen sind. Stolz sind wir auch darauf, dass Willy Brandt nach seiner Kanzlerschaft mit dem Vorsitz in der Nord-Süd-Kommission das umfassende Verständnis von Frieden und Nachhaltigkeit in der globalen Entwicklung in einer Form auf die politische Agenda gebracht hat, die immer noch Früchte trägt. Die SPD und alle anderen fortschrittlichen Kräfte tun gut daran, diesen Zusammenhang, den Willy Brandt beispielhaft in seinem politischen Leben angegangen ist, in dieser Verbindung auch zur Leitschnur ihrer eigenen Politik für die Zukunft zu machen, für die wir hierzu drei grundsätzliche Punkte in die Diskussion einbringen wollen:

Zeitenwende



- Wir wollen die Europäische Union so verändern und erweitern, dass sie Aufgaben einer europäischen Friedensordnung und einer starken europäischen Ordnungsmacht wahrnehmen kann.
- Wir brauchen eine Europäische Allianz, an deren Beratungen auf der politischen Ebene alle EU-Mitgliedsstaaten sowie die neuen Beitrittsländer teilnehmen können.
- Wir wollen den Kreis der Länder, mit denen wir zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele zusammenarbeiten über den Bereich der G 7 und G 20 hinaus ausweiten. Das setzt voraus, dass wir unsere internationalen Verpflichtungen auch politisch und finanziell einlösen.